

Übersicht 1

Nominelle Exporte von 1960 bis 1976

	Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1960	29.129	15,8
1961	31.262	7,3
1962	32.851	5,1
1963	34.475	4,9
1964	37.601	9,1
1965	41.600	10,6
1966	43.773	5,2
1967	47.029	7,4
1968	51.707	9,9
1969	62.723	21,3
1970	74.272	18,4
1971	78.991	6,4
1972	89.747	13,6
1973	101.977	13,6
1974	133.356	30,8
1975	130.861	-1,9
1976	152.117	+16,2

Q: Außenhandelsstatistik.

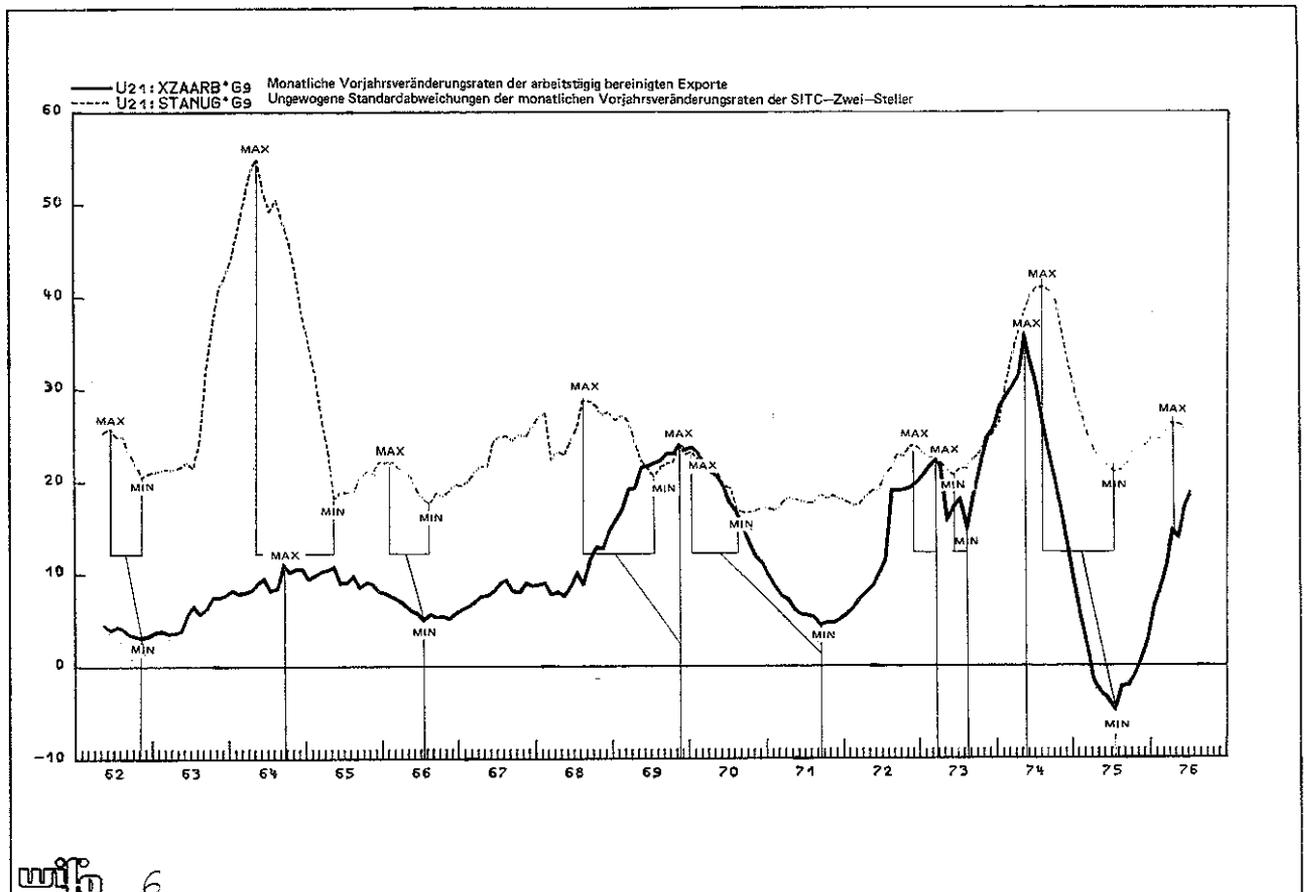
folge von kräftigen Preissteigerungen, eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 13 1/2%.

Die Reihe der ungewogenen Standardabweichungen der SITC-Zweisteller zeigt in der betrachteten Periode (1962 bis 1976) nach der gleichen Methode sechs Zyklen. Sie sind im Durchschnitt viel kürzer als die der Gesamtexporte, variieren jedoch in ihrer Länge stark. Die langen „Streuungszyklen“ überstreichen einen Zeitraum von rund drei Jahren (1962 bis 1965, 1966 bis 1969, 1970 bis 1973), während die kürzeren ungefähr zwei Jahre (1973 bis 1975) bzw. ein Jahr (1965 bis 1966, 1969 bis 1970) dauern.

In den meisten Fällen tritt pro Extremwert der Exportreihe ein Maximum und ein Minimum der Standardabweichungsreihe auf, die Reihe der ungewogenen Standardabweichungen zeigt also ungefähr doppelt so viele Schwingungen wie die Veränderungsraten der Warenausfuhr; eine strenge zeitliche Synchronität besteht jedoch nicht. Vor den Extremwerten differenziert sich die Exportkonjunktur im allgemeinen, so daß die Streuung einen maximalen Wert erreicht. Nach dem Streuungsmaximum beginnt sich die Ungleichmäßigkeit relativ rasch zurückzubilden. In unmittelbarer zeitlicher Nähe der Extrem-

Abbildung 1

Differenzierungsgrad¹⁾ der warenmäßig gegliederten Exporte



¹⁾ Gleitende 9-Monats-Durchschnitte der Standardabweichungen.

tivitätsfortschritt erzielt worden, der sich allerdings auf die Industrieproduktion, abgeschwächt auch auf die Bauwirtschaft, konzentrierte. Die Arbeitsproduktivität nahm in der Gesamtwirtschaft um 4 1/2% zu, in der Industrie war die Produktion je Beschäftigten um gut 10% (je Arbeitstag um knapp 9%) höher als 1975. Die Verschiebung der Beschäftigungsstruktur zugunsten der Dienstleistungen dämpfte den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs um 0,3% bis 0,4%. Im Jahresdurchschnitt war der Beschäftigtenstand in der Industrie noch niedriger als im Rezessionsjahr 1975, die Kapazitätsauslastung hingegen besserte sich merklich. Der Produktivitätszuwachs in der Industrie entspricht der Erholungsphase 1968/69.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität

	Trend 1960/74	1967	1968	1969	1970/74	1975	1976
		Jährliche Veränderung in %					
BNP/Erwerbstätigen	+5,1	+3,7	+6,0	+6,4	+4,4	-2,2	+4,6
Industrieproduktion je Beschäftigten	+5,1	+4,0	+9,1	+8,9	+4,6	-2,3	+10,2
Industrieproduktion je Beschäftigtenstunde	+7,2 ¹⁾	+6,4	+8,7	+9,0	+7,0	+5,8	+9,4

¹⁾ 1964/1974

Preise und Einkommen

Die weiterhin unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung führte in den meisten Wirtschaftsbereichen und Warengruppen zu einem Rückgang der Inflation. Der Auftrieb der Erzeugerpreise wurde vor allem in der Industrie und der Bauwirtschaft merklich gedämpft. Auch die Großhandelspreise waren stabiler als im Vorjahr. Am wenigsten konnte sich die konjunkturelle Stabilisierung auf der Verbraucherpreisstufe durchsetzen. Auch hier verringerte sich jedoch trotz der Mehrwertsteuererhöhung der Preisauftrieb bei den der Konjunktur direkt ausgesetzten industriell-gewerblichen Waren bis zur Jahresmitte 1976 beträchtlich bis auf eine Jahresinflationsrate von rund 3%. Andererseits verhinderten überwiegend lohnkosteninduzierte Tarifierhöhungen bei den nicht preisgeregelten Dienstleistungen ein stärkeres Abklingen der Inflation. Bei den Mieten kam infolge von Indexklauseln die hohe Inflation der Jahre 1974/75 erst voll zum Tragen. Allerdings dürften auch Unzulänglichkeiten in der Erhebung das Ergebnis dramatisieren.

Die Stabilisierung der Lohnstückkosten ist nur in der Industrie gelungen (-0,6%). Nach ihrem außerordentlich kräftigen Anstieg im Jahre 1975 von mehr als 16% erreichte 1976 der Verdienstsatz die Produktivitätssteigerung nicht ganz. In den Aufschwungjahren 1968 und 1969 waren allerdings die

Senkungen der Lohnstückkosten stärker ausgeprägt. Für die Untersuchung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit ist es von Interesse, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland, unserem wichtigsten Handelspartner, die Lohnstückkosten in der Industrie auch im vergangenen Jahr etwas günstiger entwickelten (-2%) als in Österreich.

Entwicklung der Lohnstückkosten

	Gesamtwirtschaft			Industrie		
	Lohn- und Gehalts-summe	BNP real	Lohn-stück-kosten	Lohn- und Gehalts-summe	Produk-tion	Lohn-stück-kosten
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %					
1967	8,7	2,4	6,1	4,0	0,5	3,5
1968	6,1	4,4	1,6	4,7	7,1	-2,3
1969	8,8	5,9	2,8	9,6	11,5	-1,7
1970/74	14,0	5,9	7,7	16,2	4,7	11,0
1975	12,9	-2,0	15,2	7,6	-7,5	16,3
1976	10,2	5,2	4,8	7,9	8,6	-0,6

Nach dem letzten Konjunkturrückschlag 1967/68 war die Eindämmung des Kostenauftriebes auch in der Gesamtwirtschaft erfolgreicher als 1976, was für 1977 trotz der mäßigeren Lohnrunde Anfang dieses Jahres keine spektakulären Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung (vor allem im Dienstleistungssektor) erwarten läßt.

Eine einfache Zerlegung der Preissteigerung des Gesamtangebotes an Gütern und Leistungen (einschließlich der Importe) nach den wichtigsten Kostenarten¹⁾, die allerdings keine kausalen Schlüsse auf Inflationsursachen zuläßt, zeigt, daß den importkostenbedingten Preissteigerungen auch 1976 direkt nur ein unterdurchschnittlicher Anteil an der Gesamtinflation zuzurechnen ist, daß also von den Importpreisen stabilisierende Effekte ausgingen. Während 1975 die Lohnkostensteigerungen die wichtigste unmittelbare Komponente der Inflation waren, hatten sie 1976 nur einen schwach überdurchschnittlichen Anteil an den Inflationskomponenten.

Komponentenzerlegung der Preissteigerungsrate des Gesamtangebotes

(Brutto-Nationalprodukt plus Importe)

	1974	1975	1976
	Beitrag der Kostenkomponenten zur gesamten Preissteigerungsrate		
Importpreise	4,8	1,2	0,8
Lohnkosten	4,4	6,2	2,3
Betriebsüberschuß	3,9	-0,3	1,7
Indirekte Steuern	-0,5	0,8	0
Summe	12,6	7,9	4,8
Statistische Differenz	-0,2	0,1	0
Deflator des Gesamtangebotes	12,4	8,0	4,8

¹⁾ Über die Methode und ihre Beschränkungen siehe H. Seidel: Zur Entwicklung der Außenhandelspreise, Monatsberichte 10/1975, S. 436 ff.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten jenen Teil des Angebotes, der zu den jeweils festgesetzten starren Preisen keine Käufer findet und daher als Überschub bezeichnet werden könnte — allerdings unter finanziellen Verlusten im Vergleich zu den geltenden Preisen —, zu verwerten: Exporte, inferiore Verwendung und Sonderaktionen im Inland. Die Ausfuhr ist der traditionelle und bedeutendste Absatzkanal für Überschüsse. Als Formen der inferioren Verwendung sind in Österreich die Verfütterung von Magermilchpulver und die industrielle Verwendung von Kasein üblich. Daneben werden seit Jahren Butter, Käse, „Schulmilch“ usw. im Rahmen von Aktionen verbilligt angeboten. Im Gegensatz zum Export und zur kontrollierten inferioren Verwendung im Inland kann der durch Sonderaktionen erzielte Mehrabsatz nur grob geschätzt werden¹⁾.

Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds wurden in den letzten fünf Jahren, berechnet auf Fettbasis, etwa 17% (auf der Basis Trockenmasse berechnet rund 21%) der angelieferten Milch exportiert. Einschließlich der inferioren Verwendung und des Mehrabsatzes durch Verbilligungsaktionen im Inland können die Überschüsse an Milch auf etwa 450 000 t Milch oder auf ein Fünftel der gesamten Anlieferung geschätzt werden. Die Überschubmenge schwankt von Jahr zu Jahr, die Tendenz ist leicht steigend.

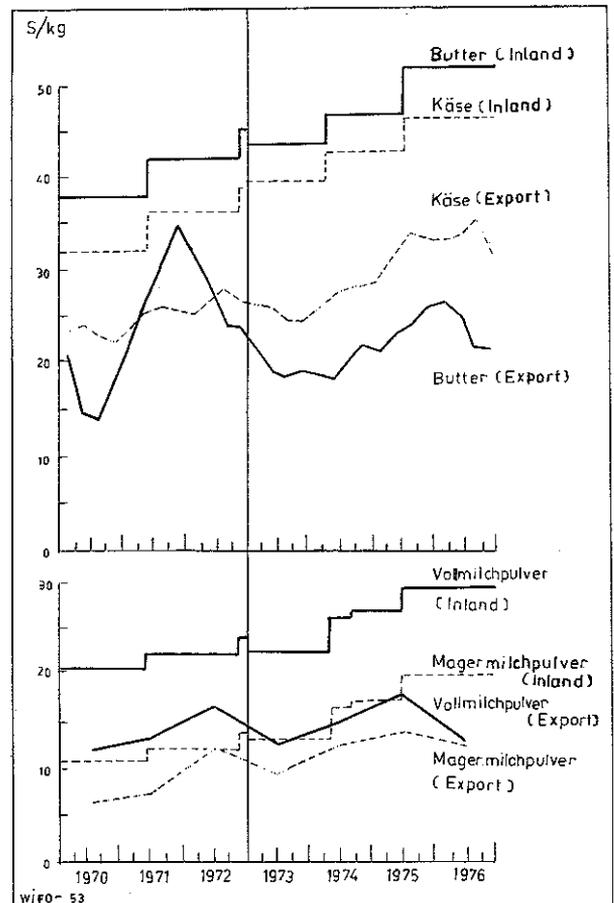
Unter *Kosten der Überschubverwertung* werden in der allgemeinen Diskussion meist jene Mittel verstanden, die notwendig sind, um die Differenz zwischen den geltenden, starren Abgabepreisen und den tatsächlichen Erlösen (im Export oder im Inland, abzüglich der aufgelaufenen Kosten) auszugleichen. Die so ermittelten und von der Milchwirtschaft publizierten Beträge decken sich nicht mit den gesamten finanziellen Lasten der Überschubverwertung. Dies

¹⁾ Die im Rahmen von Verbilligungsaktionen verkaufte Butter substituiert z. B. zu einem hohen Teil die teurere Teebutter; das gleiche gilt für Käse usw.

aus zwei Gründen. In den Abgabepreisen für Milchprodukte ist der staatliche Zuschuß zum Erzeuger-

Abbildung 1

Inlandspreise und Ausfuhrerlöse für Milchprodukte



Die Inlandspreise sind Einstandspreise des Großhandels, ab 1973 netto, ohne Umsatzsteuer. Für Butter wurde der Preis Teebutter, ausgeformt in Alu, für Käse ein Mittel zwischen Emmentaler, Güteklasse I, offen und Emmentaler vorverpackt verwendet. Die Ausfuhrerlöse für Butter und Käse (Emmentaler) wurden der Außenhandelsstatistik entnommen. Die Exporterlöse für Voll- und Magermilchpulver wurden vom ÖMOLK zur Verfügung gestellt.

Übersicht 1

Milchüberschüsse und die Kosten ihrer Verwertung

	Milchlieferungleistung 1 000 t	Exportquote berechnet auf Basis		Verwertungskosten (Stützungsbedarf) für die Milchüberschüsse ¹⁾ ²)			Absatzförderungsbeitrag der Milcherzeuger ¹⁾ ²)	Importe berechnet auf Basis	
		Fett %	Trockenmasse %	Exporte Mill. S	Inlandaktionen Mill. S	Insgesamt Mill. S		Fett 1.000 t Milchäquivalent	Trockenmasse 1.000 t Milchäquivalent
1970	2 050	17,8	21,1	307	72	379	260	21,5	28,5
1971	2 018	12,6	17,1	207	66	273	150	44,3	94,4
1972	2 110	17,5	17,5	252	70	322	130	20,8	27,6
1973	2 097	15,3	19,6	518	66	584	260	23,0	30,4
1974	2 115	17,9	21,9	640	107	747	340	31,9	42,3
1975	2 113	17,9	22,3	619	103	722	370	35,2	46,6
1976 ³⁾	2 182	18,9	24,5	828	196	1 024	470	44,7	56,7

¹⁾ Der in der Milchwirtschaft geltenden Übung folgend werden hier nur die Verwertungskosten im engeren Sinne ausgewiesen. Die staatliche Milchpreisstützung für die Überschüsse, etwaige Entlastungen der in die Überschubverwertung einbezogenen Produkte im Wege der diversen Ausgleichsverfahren ihr Anteil am Abgang des Milchwirtschaftsfonds usw. sind nicht enthalten. — ²⁾ Schätzung. — ³⁾ Vorläufige Werte

Übersicht 1

Bauinvestitionen (Gesamtwirtschaft und Bund) sowie Bauausgaben des Bautenressorts

	Gesamtwirtschaft ¹⁾		Brutto-Bauinvestitionen		Bund ²⁾ Betriebe		Insgesamt		Bauausgaben des Bautenressorts ³⁾	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1969	45.793	+ 1,6	4.136	+ 2,5	2.244	+10,4	6.380	+ 5,2		
1970	53.429	+16,7	4.616	+11,6	2.617	+16,6	7.233	+13,4		
1971	63.055	+18,0	5.501	+19,2	2.935	+12,2	8.436	+16,6	6.459	
1972	79.794	+26,6	6.595	+19,9	3.517	+19,8	10.112	+19,9	7.493	+16,0
1973	88.342	+10,7	6.363	- 3,5	4.076	+15,9	10.439	+ 3,2	7.296	- 2,6
1974	103.494	+17,2	6.685	+ 5,1	4.899	+20,2	11.584	+11,0	7.748	+ 6,2
1975	106.004	+ 2,4	7.971	+19,2 ⁴⁾	6.611	+34,9 ⁴⁾	14.582	+25,9 ⁴⁾	8.583	+10,8
1976	113.069	+ 6,7	8.541	+ 7,2 ⁴⁾	6.244	- 3,5 ⁴⁾	14.785	+ 1,4 ⁴⁾	9.026	+ 5,2 ⁴⁾
⊗ Wachstumsrate 1969/1975		+15,0		+11,5		+19,7		+14,8		
⊗ Wachstumsrate 1971/1975										+ 7,2

¹⁾ Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. — ²⁾ Laut Rechnungsabschlüsse (ohne Landesverteidigung und ohne Investitionsförderung) — ³⁾ Laut Ergebnisse der Phasenbuchhaltung (Zahlungsphase zum Rechnungsabschluß einschließlich Instandhaltungen und Bauten für die Landesverteidigung und der Liegenschaften für den Straßenbau) — ⁴⁾ Rechnungsabschluß 1975. — ⁵⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ⁶⁾ Laut Bundesvoranschlag 1976.

an andere öffentliche Körperschaften (z. B. an den Wasserwirtschaftsfonds) wurden nicht berücksichtigt Liegenschaftskäufe konnten nur im Hochbau aber nicht im Straßenbau ausgeschaltet werden¹⁾.

Höhe und Entwicklung dieser so abgegrenzten Bauausgaben sowie Vergleiche mit den Bauinvestitionen des Bundes und der Gesamtwirtschaft sind aus obiger Übersicht zu entnehmen

Die Phasenbuchhaltung

Die Phasenbuchhaltung ist das Verrechnungssystem für sämtliche Einnahmen- und Ausgabenströme der Hoheitsverwaltung des Bundes; sie gibt Aufschluß über den Stand der jeweiligen Budgetexekutionen. Ihre Funktionsweise soll für die *Ausgabenseite* des Bundes im folgenden kurz dargestellt werden.

Zu den jeweiligen Voranschlagsposten der finanzgesetzlichen Ansätze werden Ausgabenkonten geführt. Der Verrechnungskreis eines laufenden Finanzjahres enthält 5 Hauptphasen (Phase 1 bis Phase 5) und eine Nebenphase (Phase 9).

- Phase 1 Genehmigung
- Phase 2 Verfügung
- Phase 3 Verpflichtung
- Phase 4 Schuld
- Phase 5 Zahlung
- Phase 9 Zusätzliche Mittel und Bindungen

Jede Transaktion wird auf den Konten der Phasenbuchhaltung doppelt gebucht (eine Sollbuchung und

¹⁾ Im einzelnen wurden an finanzgesetzlichen Ansätzen berücksichtigt: im Straßenbau: 64233 64333; im Hochbau: 64713 64718, 64723, 64728, 64738, 64753, 64758, 64763, 64768, 64778 64783, 64813, 64838, 64843, 64853, 64863.

eine Habenbuchung). Die Beträge eines finanzgesetzlichen Ansatzes durchlaufen mehrere Phasen: Zu Beginn eines Jahres wird das vom Nationalrat beschlossene Grundbudget der Phase 1 (Genehmigung) angelastet (Soll) und der Phase 2 (Verfügung) gutgeschrieben (Haben). Die durch das Bundesfinanzgesetz festgelegte Ausgabenermächtigungen werden im Laufe des Jahres modifiziert. Zusätzliche Mittel werden durch Rücklagenauflösungen, Budgetüberschreitungsbewilligungen und durch die Freigabe von Konjunkturausgleichsbudgets bereitgestellt, Bindungen von Budgetansätzen (Ausgabenrückstellungen) schmälern die Ausgabenermächtigungen. Die zusätzlichen Mittel und die Bindungen werden in der Phase 9 erfaßt, die Gegenbuchung erfolgt ebenfalls auf dem Phasenkonto 2.

Vom *Phasenkonto 2* wird über die „Ausgabenermächtigungen“ (Grundbudget plus zusätzliche Mittel minus Bindungen) verfügt. Zunächst werden die sogenannten Übernahmen aus dem Vorjahr abgebucht: Die im Vorjahr erteilten, aber noch nicht abgerechneten Aufträge werden der Phase 3 (Verpflichtungen) und die im Vorjahr ausgestellten, aber noch nicht bezahlten Rechnungen der Phase 4 (Schuld) gutgeschrieben. Weitere Dispositionen sind durch mehrjährige Projekte vorwegbestimmt, die in früheren Budgetjahren beschlossen wurden. Diese Vorbelastungen²⁾ bestehen aus den Jahresraten von Auftragsvergaben (Gegenbuchung auf Phase 3) oder Rechnungsbeträgen im Falle von Termin- und Raten-

²⁾ Werden mehrjährige Projekte beschlossen, so werden die daraus resultierenden Verpflichtungen und Schulden für die künftigen Finanzjahre in einem getrennten „Vorbelastungskreis“ in Evidenz gehalten. Die aus dem „Vorbelastungskreis“ ersichtlichen Vorbelastungen werden im jeweiligen Budgetjahr bei der Budgetierung berücksichtigt.

industrie erwies sich die Autoerzeugung, die 1976 Rekordumsätze erzielte. Auf Grund dieser Entwicklung wurde mehr in die gegenwärtig ertragreicheren Konsumgüterproduktionszweige investiert. Diese sind aber weniger kapitalintensiv als die Investitionsgüterbranchen, so daß die Akzeleratorwirkung (steigende Konsumnachfrage induziert steigende Investitionen) relativ gering ist und der für 1976/77 erwartete Investitionsboom ausblieb. Daraus erklärt sich auch, wieso die Investitionsnachfrage trotz zunehmend besserer Gewinnlage der Unternehmer und trotz steigender Konsumgüternachfrage bisher sehr schwach war und auch künftig nicht ausreichen wird, einen kräftigen, die hohe Arbeitslosigkeit beseitigenden, selbsttragenden Konjunkturaufschwung zu sichern.

Obwohl die Überwindung der Investitionsschwäche das zentrale Problem ist, wovon es abhängt, ob die Konjunktur international tragfähiger wird, besteht angesichts der Gefahr eines neuerlichen Anfachsens der Inflation eine starke Neigung zur Stabilisierung. In einigen Ländern hatten die Stabilisierungsbemühungen an der Preisfront und in der Reduzierung der Handelsbilanzdefizite (z. B. in Frankreich) bereits Teilerfolge gebracht. Die großen Industrienationen USA, BRD und Frankreich beschreiten den Weg der vorsichtigen Stabilisierung freiwillig, Italien und Großbritannien jedoch erhielten gleichzeitig mit den IMF-Beistandskrediten hohe Stabilisierungsaufgaben. Nur Japan hat bewußt auf Expansionskurs geschaltet. Die vorherrschende wirtschaftspolitische Präferenz der Inflationsbekämpfung und der Sanierung der hohen Budgetdefizite durch Ausgabenkürzungen dämpft die Investitionserwartungen zusätzlich. Darüber hinaus dürfte 1977 die effektive Konsumnachfrage durch die relativ mäßigen Lohnabschlüsse, die eher umverteilende Wirkung zugunsten der Unternehmereinkommen haben, geschwächt werden, wodurch heuer auch die indirekten Investitionsimpulse über die Konsumnachfrage nachlassen dürften. Als Wachstumsstütze für 1977 werden die Exporte angesehen. Da die meisten Industrieländer für 1977 eine Drehung des Wachstumsvorsprunges von den Importen zu den Exporten erwarten, dürfte sich der Konkurrenzkampf auf den Märkten der Industrieländer noch verschärfen. In den skandinavischen Ländern hatte sich die internationale Konkurrenzfähigkeit vermindert, wodurch sich auch ihre Leistungsbilanzen verschlechterten. Durch das „Skandinavische Realignement“ mit Wirkung vom 4. April 1977 versuchen diese Länder ihre Wettbewerbsposition gegenüber den europäischen Ländern zu verbessern (Abwertungen: Schweden 6%; Finnland 5 7%; Norwegen und Dänemark je 3%).

Diese internationale Szenerie veranlaßte die Mitgliedernstitute der Vereinigung europäischer Konjunk-

Übersicht 1

Brutto-Nationalprodukt

	Gewicht in % des OECD- BNP 1975	1973	1974	1975	1976	1977
		Veränderung gegen das Vorjahr in % zu konstanten Preisen				
USA	38.6	+5.4	-1.8	-1.8	+6.1	+5.0
Japan	12.5	+9.8	-1.3	+2.4	+6.3	+5.5
BRD	10.8	+5.1	+0.5	-3.2	+5.6	+4.5
Frankreich ¹⁾	8.3	+5.6	+2.8	-1.2	+4.8	+3.5
Großbritannien ¹⁾	5.7	+5.5	+0.2	-1.7	+1.0	+1.5
Italien ¹⁾	4.3	+6.3	+3.4	-3.7	+5.7	+2.0
Kanada	4.0	+6.9	+3.2	+0.6	+4.8	+3.5
Große Industrieländer	84.2	+6.2	-0.4	-1.3	+5.5	+4.5
Niederlande ¹⁾	2.1	+4.3	+2.3	-2.0	+4.0	+4.5
Schweden ¹⁾	1.8	+3.5	+4.0	+0.5	+1.0	+0.5
Belgien	1.7	+6.3	+4.2	-1.9	+4.0	+3.5
Schweiz	1.4	+3.2	+1.7	-7.6	-0.1	+1.0
Österreich	1.0	+5.8	+4.1	-2.0	+5.2	+4.5
Dänemark ¹⁾	0.9	+3.3	+1.4	-1.3	+5.0	+1.5
Finnland ¹⁾	0.7	+6.5	+4.3	+0.6	+0.3	+3.5
Norwegen	0.7	+4.1	+5.3	+3.5	+5.7	+6.0
Irland ¹⁾	0.2	+5.4	+0.1	-0.5	+3.5	+2.5
Kleine Industrieländer	10.5	+4.5	+3.3	-1.7	+3.0	+3.0
OECD-Länder insgesamt ²⁾	100.0	+6.0	+0.1	-1.1	+5.2	+4.0
OECD-Europa ³⁾	42.5	+5.6	+2.2	-1.6	+4.1	+3.0
EG	33.9	+5.6	+1.8	-2.2	+4.5	+3.5
EFTA ⁴⁾	5.6	+4.2	+4.0	-1.6	+2.0	+2.5

Q: OECD AIECE nationale und eigene Schätzungen. — ¹⁾ Brutto-Inlandsprodukt — ²⁾ Einschließlich Australien, Neuseeland, Griechenland und Spanien — ³⁾ Einschließlich Griechenland und Spanien. — ⁴⁾ Ohne Portugal.

turforschungsinstitute (AIECE), bei der Tagung Ende April ihre Einschätzungen vom Herbst leicht nach unten zu revidieren. Man rechnet zwar damit, daß der Konjunkturaufschwung fort dauern wird, jedoch schwächer als bisher angenommen wurde. Auch die Konjunkturerwartungen der Unternehmer und der Verbraucher haben sich in den EG-Tests nur leicht gebessert, es herrscht eine abwartende Haltung vor. Nach Einschätzung des Institutes (nationale Prognosen liegen zum Teil noch etwas darunter) wird das reale Brutto-Nationalprodukt der gesamten OECD 1977 um 4% (Herbstschätzung 4 5%) wachsen, wobei die großen Länder mit 4 5% (4 5%) besser ab-

Übersicht 2

Arbeitslosenraten

	1960/ 1964	1965/ 1969	1970/ 1974	1974	1975	1976	1977 ¹⁾
USA	5.7	3.8	5.4	5.6	8.5	7.7	7.5
Japan	0.9	1.0	1.3	1.4	1.9	2.0	1.8
Bundesrep. Deutschland	0.9	1.2	1.3	2.6	4.7	4.6	4.3
Frankreich	1.2	1.5	2.0	2.1	3.4	4.2	4.1
Großbritannien	1.9	2.1	3.0	2.6	3.9	5.4	5.4
Italien	3.2	3.6	3.3	2.9	3.3	3.7	4.0
Niederlande	0.9	1.4	2.3	3.3	4.8	5.2	5.1
Schweden	1.6	1.7	2.2	2.0	1.6	1.6	1.6
Belgien	3.6	3.4	3.4	4.0	6.7	8.5	8.3
Österreich	2.9	2.7	1.9	1.5	2.0	2.0	1.9
Dänemark	3.7	3.3	3.6	5.2	11.1	9.0	9.0
Norwegen	1.5	1.0	0.8	0.7	1.3	1.2	1.2

Q: General Report, Spring 1977 verfaßt vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel für die Frühjahrstagung der Association d'Instituts Européens de Conjoncture Economique (AIECE), Praia da Rocha, April 28--29, 1977. — ¹⁾ Nationale und eigene Schätzungen

Im Verhältnis zum aggregierten Brutto-Sozialprodukt des RGW-Raumes, das rund 1.000 Mrd. \$ ausmacht, repräsentieren die Gesamtschulden des RGW nicht mehr als 4%. Die Verschuldung der Entwicklungsländer betrug 1976 über 190 Mrd. \$, war also etwa fünfmal größer als die der RGW-Länder. Dabei entfällt auf die Entwicklungsländer kaum 10%, auf die RGW-Länder aber rund 30% der Welt-Industrieproduktion.

Andere Relationen ergeben sich allerdings, wenn man die Verschuldung mit dem Exportvolumen vergleicht. Im Durchschnitt der RGW-Länder war die Nettoverschuldung 1975 um 50% höher als die Jahresexporte nach dem Westen. Bei den nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländern war die Verschuldung um zwei Drittel höher als das Exportvolumen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die RGW-Länder auf längere Sicht ihre Exporte nach dem Westen stark ausweiten können, während die nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer im Zuge ihrer Industrialisierung einen Großteil ihrer Rohstoffe für eigene Zwecke benötigen werden.

Trotzdem ist es gerechtfertigt, sich über die weiteren Perspektiven der Ostverschuldung Gedanken zu machen. Es kann nicht außer acht gelassen werden, daß die Verschuldung der RGW-Staaten in den Jahren der Rezession ungewöhnlich rasch stieg und auch nach Überwindung der Rezession im Jahre 1976 weiter zunahm. Die RGW-Verschuldung nimmt bedeutend rascher zu als die Verschuldung der nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer. Die Wachstumsraten der Verschuldung der RGW-Länder lagen seit 1973 in jedem Jahr über 30%, im Jahre 1975 sogar über 50%. Die Verschuldung der Entwicklungsländer hat lediglich im Jahre 1975 um mehr als 30% zugenommen.

Übersicht 3

Zuwachs der Verschuldung der RGW-Länder und der Entwicklungsländer¹⁾

	1972	1973	1974	1975	1976
	Veränderung gegen Vorjahr in %				
Entwicklungsländer	16	18	19	38	24
RGW-Länder	27	32	32	54	36

Q: Finance & Development, Vol 13 No. 4, December 1976 — World Bank, World Debt Tables EC-167/76 und International Herald Tribune February 22, 1977 —
¹⁾ Nur nicht-ölproduzierende Entwicklungsländer

Da die Situation von Land zu Land verschieden ist, unterscheiden sich auch die Bedingungen, zu welchen die einzelnen RGW-Länder bei westlichen Banken oder auf dem Eurogeldmarkt Kredite aufnehmen können. Die relativ größte Verschuldung, gemessen am Exportvolumen, hat Bulgarien. Seine Nettoverschuldung war 1975 mehr als viermal größer als seine jährlichen Westexporte. 1976 konnte Bulgarien allerdings seine Exporte nach dem Westen um

22% steigern und seine Importe um 13% einschränken, so daß sich sein Handelsbilanzdefizit um 250 Mill. \$ verringerte. Außerdem hat es zum Unterschied von manchen anderen RGW-Ländern ins Gewicht fallende Hartwährungseinnahmen aus dem Fremdenverkehr. Die höchste absolute Verschuldung außer der UdSSR hat Polen, dessen Handelsdefizit 1976 um weitere 3 Mrd. \$ gestiegen ist. Seine Verschuldung wird auf 10 Mrd. \$ geschätzt. Polen konnte 1976 seine Exporte um 88% ausweiten, jedoch trotz großer Bemühungen den Zuwachs der Importe nur unter 10% gegenüber dem Vorjahr drücken. In Polen ist die Nettoverschuldung mehr als doppelt so groß wie das Exportvolumen. Am anderen Ende der Skala steht die ČSSR, die auch während des Konjunkturaufschwunges bis 1974 bei der Aufnahme von Krediten im Westen sehr vorsichtig war. Vermutlich konnte die ČSSR auch durch Waffenverkäufe ihre ausgewiesenen Hartwährungserlöse vergrößern. 1976 war die Nettoverschuldung der ČSSR geringer als der Wert der Westexporte.

Die Sowjetunion ist mit 12,4 Mrd. \$ netto zwar der größte RGW-Schuldner, aber sie hat infolge ihrer Goldbestände, natürlichen Ressourcen und dank ihrer langfristigen Kompensationsvereinbarungen auf Lieferung von Brenn- und Rohstoffen bessere Voraussetzungen als andere osteuropäische Länder, ihre Verschuldung auf längere Sicht abzubauen.

Zahlungsbilanz Österreichs mit den RGW-Ländern und Stand der Verschuldung

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und den Oststaaten wurde bis Anfang der siebziger Jahre mit Hilfe bilateraler Clearings geregelt, deren Aufgabe ein wertmäßiger Ausgleich der gegenseitigen Lieferungen gewesen ist¹⁾. Nach dem Staatsvertrag, etwa bis Mitte der sechziger Jahre, war die österreichische Handelsbilanz mit den RGW-Staaten in den meisten Jahren tatsächlich auch ausgeglichen bzw. nur leicht aktiv, in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurden allerdings hohe Handelsbilanzüberschüsse erzielt. Zur Flüssighaltung der Clearing-Konten wurden zu jener Zeit spezielle Techniken (vor allem Transit- und Switchgeschäfte in Verrechnungswährung) entwickelt, mit deren Hilfe es möglich gewesen ist, die Bilanz- und Clearing-Überhänge weitgehend abzubauen²⁾.

¹⁾ Die Clearings mit der Sowjetunion und Ungarn wurden 1971, mit Bulgarien, der ČSSR und Polen Anfang 1972, mit Rumänien 1973 und mit der DDR Anfang 1974 aufgelöst.

²⁾ Im Gegensatz zu Transitgeschäften in freier Währung, welche für Österreich durchwegs ein Aktivum bringen, waren die Transit- und Switchgeschäfte in Clearing-Valuta so angelegt, daß sich ein Passivum ergab, wodurch die Clearing-Spitzen abgebaut worden sind. — Vgl. hierzu näher J. Stankovský: Der mittelbare Außenhandel Österreichs mit den Oststaaten, Monatsberichte 5/1967.

nachfrage müssen die Kreditunternehmen selbst fertig werden. Nach der Kreditexpansion in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres von mehr als 20% (Jahresabstand) bedeutet die neue Limes-Regelung zunächst (und im Falle anhaltender Kreditnachfrage) eine allmähliche Verminderung der Kreditwachstumsrate. Da diese Maßnahme in erster Linie die kreditfinanzierte Konsumausweitung beschränken soll, wurde ursprünglich eine Differenzierung des Limes nach Kreditarten diskutiert. Wegen administrativer Schwierigkeiten bei der Kontrolle eines differenzierten Limes wurde dieser Plan aufgegeben. Die Nationalbank will nur daran festhalten, daß sie bei der Refinanzierung jener Kreditinstitute restriktiver vorgeht, die ihre Kreditexpansion in erster Linie auf Konsumkredite abstellen. Den Kreditunternehmen wurde empfohlen, auf Werbung für solche Kredite zu verzichten. Die Ausklammerung titrierter Kredite aus der Limes-Regelung bedeutet vor allem, daß es keine Beschränkung bei der Bundesfinanzierung gibt.

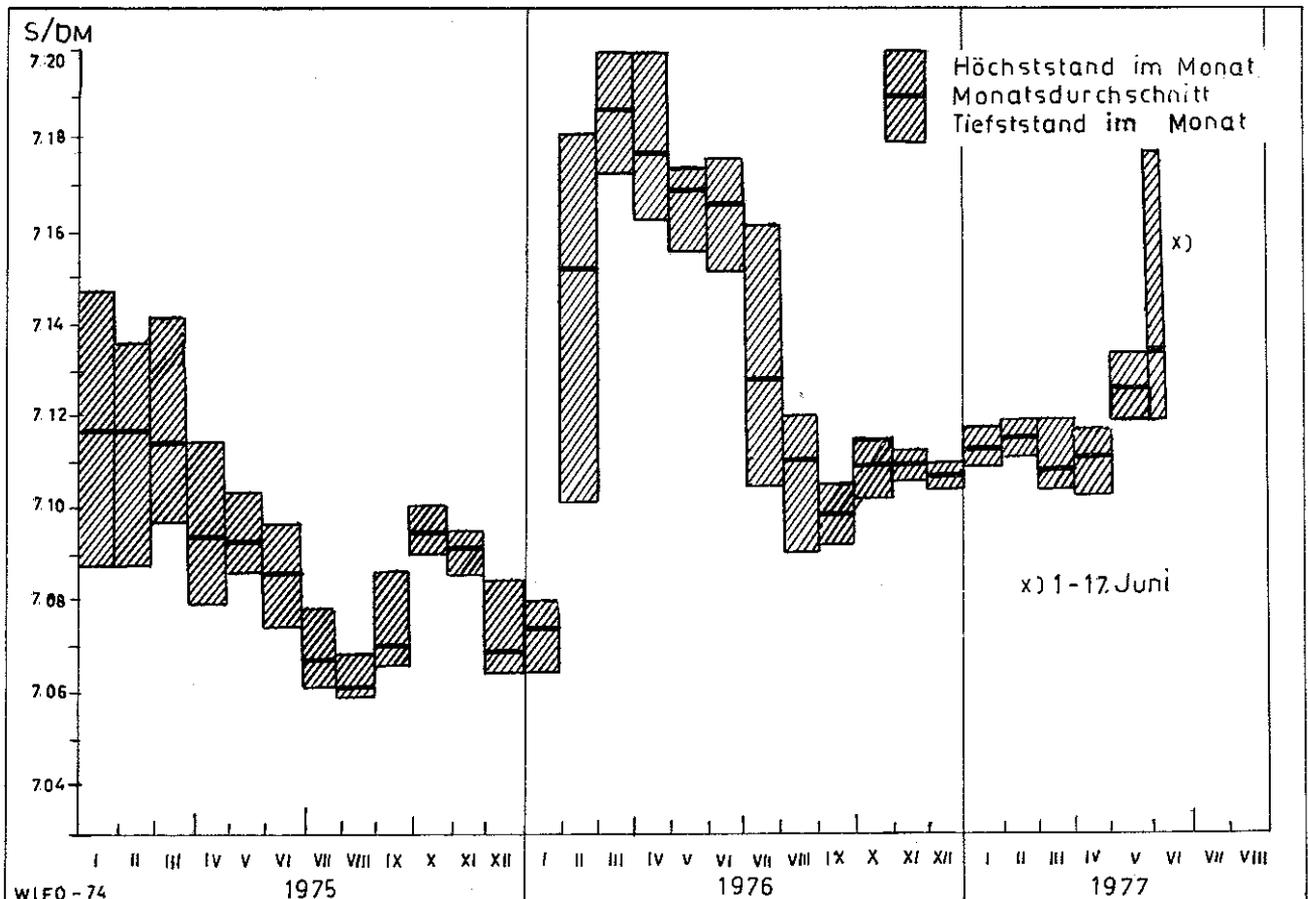
auf die Dauer eines Jahres um 1 Mrd. S auf 3 Mrd. S aufgestockt.

- Die Patronanzunternehmen der Österreichischen Investkredit AG erhalten befristet bis Ende 1979 im Rahmen des Eskont- und Lombardgeschäftes eine zusätzliche Refinanzierungszusage bis zu 1 Mrd S, beschränkt auf Perioden, in denen die Geldmarktsätze über dem Lombardsatz liegen. Die zusätzlichen Mittel müssen in erster Linie für die Finanzierung von Investitionen eingesetzt werden, die dazu beitragen können, das österreichische Leistungsbilanzdefizit abzubauen.

Bei der Globalsteuerung der österreichischen Wirtschaft wird derzeit davon ausgegangen, daß die im Juni gesetzten fiskal- und geldpolitischen Akzente durch eine preis- und einkommenspolitische Komponente gestützt werden können. Diese wirtschaftspolitische Konstellation scheint geeignet, der in den vergangenen Monaten durch den Währungsreservenabfluß aufgeflamten Zahlungsbilanzdiskussion die Spitze zu nehmen. Freilich deuten einige Indizien darauf hin, daß das zur Zeit bestehende Leistungs-bilanzdefizit teilweise strukturbedingt ist

- Mit 1. Juli 1977 wird der Offenmarktrahmen für Exportkredite der Österreichischen Kontrollbank

Die Entwicklung des Schillingkurses der D-Mark



oder wenig darüber, für die europäischen OECD-Länder einen Prozentpunkt weniger (gut 3%). Die Zuwachsrate des Welthandelsvolumens wird sich voraussichtlich von 11% im Vorjahr auf rund 7% im laufenden Jahr verringern.

Konjunktureinschätzung in Österreich wenig verändert

Die Beurteilung der während der ersten Jahreshälfte erkennbaren Entwicklungstendenzen und die darauf aufbauenden Prognosen mit Hilfe des ökonomischen Konjunkturmodells, der Box-Jenkins-Verfahren und der vorausschauenden volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben übereinstimmend, daß die schon im März prognostizierte Wachstumsrate des Brutto-Nationalprodukts von real 4½% für 1977 beibehalten werden kann. Die Prognose geht von einem Anhalten der sich noch mäßig belebenden Konjunktur in Österreich aus. Wichtige Korrekturen betreffen vor allem das Verhältnis zwischen Auslands- und Inlandsnachfrage.

Entwicklung volkswirtschaftlicher Globalgrößen

	1975	1976	1977
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nachfrage			
Privater Konsum	+2.5	+4.0	+5
Öffentlicher Konsum	+3.0	+2.5	+2
Brutto-Investitionen	-5.9	+5.7	+7½
Lagerbildung Mrd. S. Preise 1964	(+1.3)	(+13.6)	(+14.2)
Inlandsnachfrage	-2.7	+7.6	+5½
Exporte i. w. S.	-7.2	+11.3	+6
Importe i. w. S.	-9.0	+17.9	+8½
Produktion			
Industrie	-7.8	+8.9	+7
Gewerbe	-4.0	+5.0	+4½
Bauwirtschaft	-4.4	+2.0	+4
Elektrizitäts-, Gas- Wasserwirtschaft	+3.7	-1.3	+9
Verkehr	-3.3	+6.8	+5
Handel	+1.7	+6.7	+5
Öffentlicher Dienst	+3.0	+2.5	+2
Sonstige Dienstleistungen	+3.4	+2.0	+2
Brutto-Nationalprodukt ohne Land- und Forstwirtschaft			
Land- und Forstwirtschaft	-2.5	+5.4	+5
Land- und Forstwirtschaft	+6.2	+2.8	-2
Brutto-Nationalprodukt	-2.0	+5.2	+4½

Bei unverändertem Zuwachs der Gesamtnachfrage muß nun ein höheres Wachstum der inländischen und ein nicht unerheblich schwächeres der ausländischen angenommen werden. Als Konsequenz davon ist ein höheres Defizit der Leistungsbilanz zu erwarten, als sich aus der März-Prognose ergeben hatte. Die Erwartungen für den Arbeitsmarkt und die Preisentwicklung erscheinen für den Jahresdurchschnitt jetzt leicht günstiger als noch im Frühjahr.

Unsicherheiten bestehen derzeit vor allem über die Auswirkungen der nachfragebeschränkenden Maß-

nahmen (Kreditpolitik, Geldmengenwachstum), auch über die weitere Entwicklung der Spartätigkeit der privaten Haushalte, über die Gründe der starken Lagerbildung und über den Sommerreiseverkehr in Österreich. Im wesentlichen unverändert blieb die Schätzung der Lohneinkommen und der Gewinne. Die leicht nach oben revidierte Prognose der Investitionen ist als verhältnismäßig gut gesichert anzusehen.

Die früheren Schätzungen für das Wachstum der Exporte dürften sich nun eindeutig als zu hoch herausgestellt haben. Im Frühjahr waren die Erwartungen über eine baldige Belebung der westeuropäischen und besonders der deutschen Konjunktur noch optimistischer. Auch wurde damals die Nachfrage der RGW-Länder und der OPEC günstiger eingeschätzt, als sie heuer tatsächlich zu sein scheint. Anzeichen von Marktanteilsverlusten der österreichischen Ausfuhr liegen indes nicht vor. Auf Grund der schwächeren Konjunktur in vielen Exportländern sind auch die Aussichten auf Steigerungen der Exportpreise vorsichtiger zu beurteilen. Das Institut kommt zu einem nominellen Wachstum der Warenausfuhren von 11% bis 12%.

Gleichfalls nach unten revidiert mußte die Vorausschätzung der Einnahmen aus dem Reiseverkehr werden. Hier bestehen zwar erhebliche Unsicherheiten über den Anteil Österreichs am internationalen Sommerreisemarkt, doch scheint sich aus den bisher vorliegenden Buchungsergebnissen keineswegs eine Verbesserung der Nächtigungsentwicklung gegenüber dem Vorjahr abzuzeichnen.

Die in der Prognose schon bisher angenommene Bremsung des Wachstums der Importe wurde durch die bisher vorliegenden Daten der Außenhandelsstatistik weitgehend bestätigt. Nominell ist ein Zuwachs der Importe von rund 12% bis 13% zu

Entwicklung des Außenbeitrages (Nominell)

	1975	1976	1977
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Warenexporte ¹⁾	-1.9	+16.3	+12½
einschließlich Korrekturposten ²⁾	-5.7	+14.2	+13
Reiseverkehr ²⁾	+9.6	+6.6	+9
Sonstige Dienstleistungen	-2.5	+22.3	+9
Exporte i. w. S.	-2.0	+13.9	+11½
real	-7.2	+11.3	+6
Warenimporte ¹⁾	-2.9	+26.1	+13
einschließlich Korrekturposten ²⁾	-7.4	+22.8	+14
Reiseverkehr ²⁾	+3.2	+14.1	+16
Sonstige Dienstleistungen	+3.7	+19.6	+11½
Importe i. w. S.	-4.5	+21.3	+13½
real	-9.0	+17.9	+8½

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik — ²⁾ Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung — ³⁾ Schillingnoten- und -verkäufe im Ausland sowie Gastarbeitertransfers (Ein- und Ausgänge) berücksichtigt

satzentwicklung stärker als je zuvor und zweitens ermöglichte die Preisverschiebung im Gefolge der Erdölkrise zugunsten der Grundstoffe sofort nach Besserung der Wirtschaftserwartungen eine deutliche Zunahme der Investitionen (Grundstoffe +24%).

Auch nach Berücksichtigung des leichten Zuwachses der Investitionen im Jahr 1976 lagen die Investitionen in Prozent des Umsatzes (Investitionsquote) mit 6,2% niedriger als in jedem bisherigen Tiefpunkt der Investitionstätigkeit.

Umsätze seit 1970 verdoppelt

Die Umsätze der österreichischen Industrie stiegen 1976 um 11 1/2% auf 378 Mrd. S, sie haben sich damit seit 1970 nahezu verdoppelt (+97%), der durchschnittliche jährliche Zuwachs für die Gesamtindustrie lag somit bei 10 1/2%. Das Umsatzwachstum setzt sich aus einer Mengen- und einer Preiskomponente zusammen. Während früher die Preiskomponente praktisch bedeutungslos war (in den sechziger Jahren stiegen die Erzeugerpreise für Industriewaren um durchschnittlich 2%, die mengenmäßige Expansion belief sich auf über 6%), steigen seit 1970 die Preise doppelt so schnell wie die Mengen: im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1976 wuchs die reale Industrieproduktion um 4%, die Inflation erreichte durchschnittlich 6%.

Übersicht 4

Preiskomponente übertrifft Mengenwachstum

Industrie	Umsatz bzw. nominelle Produktion ¹⁾	Reale Produktion	Impliziter Preis ²⁾
Jährliches Wachstum in Prozent			
∅ 1955/1960	8,6	6,6	1,9
∅ 1960/1970	7,7	5,7	1,9
∅ 1970/1976	11,9	4,1	7,5

¹⁾ Bis 1970 nominelle Wertschöpfung laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung Umsätze laut Investitionstest. — ²⁾ Bis 1970 Deflator der Industrie laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung dann aus Gegenüberstellung von Umsätzen und Produktionsindex.

Am größten wurde die Schere zwischen mengenmäßiger und wertmäßiger Entwicklung im Grundstoffsektor. Sie entstand durch den Preissprung, insbesondere im Jahre 1974, der dann in der Rezession keineswegs wettgemacht wurde. Zwischen 1970 und 1976 stiegen die Umsätze in diesem Sektor um 175%, also viel schneller als im Industriedurchschnitt. In der Erdölindustrie haben sich die Umsätze verdreifacht, in der Grundstoffchemie stiegen sie um 140%, bei den Bergwerken immerhin um 80%. Die mengenmäßige Ausweitung der Grundstoffproduktion lag hingegen mit 26% nahe dem Industriedurchschnitt (in der Chemieindustrie darüber, +60%, Erdölindustrie etwa um +10%). Die durchschnittliche Preissteige-

Übersicht 5

**Preis- und Mengenwachstum nach Industriegruppen
1970/1976**

	Umsatz	Reale Produktion	Impliziter Preis
Jährliches Wachstum in Prozent			
Industrie	+11,9	+4,1	+7,5
Grundstoffsektor	+17,7	+4,4	+12,8
Investitionsgütersektor	+12,3	+4,1	+7,9
Konsumgütersektor	+9,8	+4,0	+5,4

Q: Umsätze laut Investitionstest — Reale Produktion aus Produktionsindex. — Implizite Preise aus dem Vergleich von indizierten Umsätzen und Produktion.

Übersicht 6

Verschiebung der Investitionsstruktur

	Österreich ∅ 1964/1973	BRD ∅ 1974/1977	BRD ∅ 1974/1976
Anteile der Branchen an den Investitionen der Gesamtindustrie			
Bergbau u. Grundstoffe	18,5	22,8	20,9
Investitionsgüter	42,5	40,5	40,8
Konsumgüter	39,0	36,7	38,3
Bergbau u. Grundstoffe			
Bergwerke	2,3	2,4	
Erdöl	6,7	9,1	
Bergwerke	9,0	11,5	7,4
Chemie	7,2	10,2	
Holzverarbeitung	2,3	1,1	
Grundstoffe	9,5	11,3	13,5
Investitionsgüter			
Eisenhütten	10,4	10,0	
Metallhütten	1,6	1,6	
Gießerei	1,4	1,5	
Vorprodukte insgesamt	13,4	13,1	11,2
Stein- u. keramische Industrie	9,1	6,2	
Holzverarbeitung	0,7	0,4	
Glasindustrie	0,1	0,3	
Baustoffe insgesamt	9,9	6,9	6,6
Maschinen	7,6	8,4	
Fahrzeugindustrie	1,9	2,8	
Eisen- u. Metallwarenindustrie	5,7	4,9	
Elektroindustrie	4,0	4,4	
Fertige Investitionsgüter	19,2	20,5	23,0
Konsumgüter			
Nahrungs- u. Genußmittel	9,7	9,0	11,0
Glasindustrie	1,0	0,8	
Chemie	6,3	5,3	
Papierherstellung	5,1	6,7	
Papierverarbeitung	1,7	1,2	
Lederherstellung	0,2	0,1	
Verbrauchsgüter	14,3	14,1	13,2
Bekleidungsindustrie	2,1	1,5	
Textil	6,1	4,2	
Lederherstellung	0,9	0,6	
Bekleidung	9,1	6,3	3,9
Holzverarbeitung	1,7	1,4	
Fahrzeugindustrie	0,9	0,7	
Eisen- u. Metallwarenindustrie	1,1	1,7	
Elektroindustrie	2,2	3,5	
Langlebige Konsumgüter	5,9	7,3	10,2

ung betrug im Grundstoffsektor in den erwähnten sechs Jahren 13% jährlich, im Investitionsgüterbereich 8% und bei den Konsumgütern jährlich 5 1/2%.

Durch diese unterschiedliche Entwicklung der Preise ist eine Kluft im Investitionsverhalten eingetreten:

— Ein an den Produktionskosten orientierter Erzeugerpreis übersteigt unter den gegebenen Umständen (natürliche Produktionsverhältnisse, steigende Milchleistung je Kuh, Probleme und Reibungsverluste im Strukturwandel) den Gleichgewichtspreis, d. h. jenen Preis, bei dem genau jene Menge angeboten wird, die zu diesem Preis auch verkauft werden kann. Es fallen Überschüsse an.

— Der Absatzmarkt für Milch und Milchprodukte ist in einen (beschränkt aufnahmefähigen) geschützten Inlandsmarkt und einen Markt für Überschüsse (zumeist im Export) gespalten. Auf diesen Märkten werden sehr unterschiedliche Preise erzielt. Im Inland sind die Abgabepreise teils amtlich geregelt, teils ist die Paritätische Kommission zuständig. Die Abgabepreise decken (neben allen Spannen) voll den Einstandspreis der Molkereien für Milch (ohne staatliche Stützung). Die Exporterlöse liegen meist weit unter den inländischen Abgabepreisen.

— Die Überschüsse können nur mit erheblichen Kosten verwertet werden. Die Milcherzeuger sind über den Absatzförderungsbeitrag an der Finanzierung der Überschußverwertung beteiligt. Weitere finanzielle Mittel werden vom Staat und von den Verbrauchern zur Verfügung gestellt.

— Der tatsächlich erzielte Erzeugerpreis für Milch ist ein Mischpreis aus dem amtlich festgelegten Preis, der für Verkäufe im Inland realisiert werden kann, und einem geringeren Verwertungserlös für die Überschüsse (einschließlich Anteil des Staates und der Verbraucher an der Überschußverwertung). Der Milchpreis ist für alle Erzeuger und für die gesamte Milchmenge gleich. Die Bauern haften demnach solidarisch für einen Teil der Kosten der Überschußverwertung.

Vorteile: Das geltende Milchmarktsystem läßt dem einzelnen Bauern freie Hand in der Produktion. Es gibt keine mengenmäßigen oder fiskalischen Behinderungen für die Nutzung des technischen Fortschrittes und des Strukturwandels.

Nachteile: Das System tendiert zu Überschüssen. Solange der amtlich festgelegte Erzeugerpreis den Gleichgewichtspreis übersteigt (dies ist vor allem aus einkommenspolitischen Erwägungen erwünscht), fallen strukturelle Überschüsse an. Dieser Zug zu Überschüssen ist um so nachteiliger, je stärker die Verwertungserlöse für die den „normalen“ Bedarf übersteigenden Mengen von den Inlandspreisen abweichen. (Zur Zeit betragen z. B. die Verwertungserlöse für Milch im Export nur etwa ein Viertel bis ein Drittel des Erzeugerpreises.) Überschüsse drücken somit den durchschnittlichen Erlös der Bauern unter den amtlich geregelten Preis. Die Teilfinanzierung ihrer Verwertung über einen einheitlichen

Preisabschlag für alle Bauern und die gesamte Milchmenge sowie über Zuschüsse des Staates und der Verbraucher zu den Kosten der Überschußverwertung führt dazu, daß (im theoretischen Extremfall) auch dann noch Milch angeboten wird, wenn der Verwertungserlös für die Überschüsse auf der Erzeugerstufe auf Null oder darunter gesunken ist. Das Milchangebot unterliegt keinen mengenmäßigen Beschränkungen, und das geltende Preissystem ist nicht in der Lage, dem einzelnen Bauern zu signalisieren, wann eine Ausweitung des Angebotes wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist.

Maßnahmen im Rahmen des geltenden Milchmarktsystems

Förderung des Inlandsabsatzes

Der Österreicher konsumiert im internationalen Vergleich relativ viel Trinkmilch, der Verbrauch an Milchprodukten ist eher unterdurchschnittlich. Nach Schätzungen des Institutes¹⁾ ist in den kommenden Jahren ein erheblicher Rückgang des Trinkmilchverbrauches und eine steigende Nachfrage nach Milcherzeugnissen zu erwarten. Gerechnet in Vollmilcheinheiten (auf Fettbasis) wird die gesamte Inlandsnachfrage nach Milch und Milchprodukten nur schwach zunehmen.

Die Landwirtschaft ist an einem hohen Verbrauch von Milch und Milchprodukten im Inland sehr interessiert und bestrebt, einen möglichst hohen Anteil der Nachfrage aus heimischer Erzeugung zu decken. Jeder Mehrabsatz im Inland senkt die Überschüsse und erhöht den Produktionsspielraum der heimischen Milchwirtschaft.

Die Pflege des Inlandsmarktes ist ein ständiges Anliegen. Erfolge lassen sich nur auf längere Sicht erzielen. Kurzfristig ist über einen erhöhten Inlandsverbrauch kaum eine wesentliche Entlastung des Marktes zu erwarten.

Der heimische Markt ist relativ gut gegen Importe abgeschirmt. Einfuhren sind nach dem Außenhandelsgesetz bewilligungspflichtig. Zum Schutz der heimischen Erzeugung wird gemäß dem Marktordnungsgesetz ein Importausgleich eingehoben. Abweichende Regelungen bestehen für Käse. Die Einfuhr von Käse ist liberalisiert, die Zollsätze sind im Rahmen des GATT gebunden. Diese Zollsätze reichen seit einiger Zeit nicht aus, den Inlandsmarkt wirkungsvoll abzuschirmen. Rasch wachsende Importe (insbesondere auch billiger Schmelzkäse aus der EG) waren die Folge. 1976 wurden bereits 5.434 t Käse

¹⁾ W. Puwein: Prognose des Nahrungsmittelverbrauches bis 1985/86, Monatsberichte 2/1975, S. 52 ff.

des Leistungsbilanzdefizites eingestellt. Das kommt in der Diskussion über das Budgetdefizit, das saldenmechanisch in engem Zusammenhang mit dem Leistungsbilanzdefizit steht, und in den verschiedenen Vorschlägen zu seiner Reduzierung ebenso zum Ausdruck wie in den im Juni gefaßten Beschlüssen zur monetären Restriktion. Darüber hinaus steht eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Diskussion, die eine relative Dämpfung der Inlandsnachfrage und zumindest mittelbar eine Verringerung der Nachfrage nach Importgütern herbeiführen soll. Ein Problem bei manchen der vorgeschlagenen Maßnahmen besteht wohl darin, daß sie — sofern sie nachfragewirksam werden — auch die Inlandsnachfrage nach heimischen Produkten in einem Zeitpunkt treffen könnten, in dem die Wachstumsaussichten im In- und Ausland ungünstig beurteilt werden.

Saisonbedingter Zufluß an Währungsreserven

Die rasche Zunahme des Defizites in der Leistungsbilanz wird seit mehr als einem Jahr nicht mehr durch Nettokapitalimporte kompensiert, so daß die offiziellen *Währungsreserven* schrumpfen; zwischen Mai 1976 und Mai 1977 sanken sie von netto 81,1 Mrd. S auf 65,6 Mrd. S. Seither nahmen sie saisonbedingt wieder zu, und zwar bis Ende August auf 70,4 Mrd. S. Vernachlässigt man die Devisenswaps zu Jahresbeginn 1977, dann stiegen die offiziellen Währungsreserven in den ersten acht Monaten dieses Jahres um etwa 1 Mrd. S. Da es in den nächsten Monaten saisonbedingt zu Devisenabflüssen kommen wird, ist jedoch anzunehmen, daß die Währungsreserven Ende des Jahres deutlich unter dem Vorjahrsniveau liegen werden.

Das Defizit der *Leistungsbilanz* hat sich in den ersten sieben Monaten dieses Jahres verglichen mit dem Vorjahr um 9,0 Mrd. S auf 21,2 Mrd. S erhöht. Ein Teil dieser Zunahme dürfte jedoch statistisch bedingt sein, da gleichzeitig die großteils der Leistungsbilanz zugerechnete Statistische Differenz einen höheren Aktivsaldo aufwies. Das Defizit der um die Statistische Differenz erweiterten Leistungsbilanz stieg von 3,5 Mrd. S im Vorjahr auf 9,6 Mrd. S. Mehrere Faktoren waren für die zunehmende Passivierung verantwortlich: Der Haupteinfluß kommt nach wie vor von der Handelsbilanz (—37,3 Mrd. S verglichen mit —29,4 Mrd. S in den ersten sieben Monaten des Vorjahres); die bisher noch immer deutlich bessere Kapazitätsauslastung im Inland als im Ausland und das unvermindert hohe heimische Nachfragewachstum ließen den Importsog (+15%) anhalten. Im Vergleich dazu stößt das Exportwachstum (+11%) an die Grenzen der Nachfragedynamik im Ausland. Eine ähnliche Tendenz weist die Entwicklung im Aus-

landsreiseverkehr auf, der im II. Quartal per Saldo nicht mehr an das Vorjahrsergebnis herankommen konnte. In den ersten sieben Monaten lagen die Nettoeinnahmen noch etwas höher als vor einem Jahr, doch sind auch hier die Ausgaben der Österreicher im Ausland (+16%) fast doppelt so stark gestiegen wie Österreichs Einnahmen aus dem Ausländerreiseverkehr (+8½%).

Die Kapitalertragsbilanz trug etwa 1 Mrd. S zur Verschlechterung der Leistungsbilanz bei. Über einen längeren Zeitraum gesehen, haben zwar die Zinserträge Österreichs und die Zinsenzahlungen (jeweils einschließlich Gewinntransfers) etwa mit der gleichen Rate zugenommen (zwischen 1970 und 1976 um 22% pro Jahr), doch stieg das Defizit wegen des höheren Ausgangsniveaus der Zahlungen an das Ausland in diesem Zeitraum von 1,2 Mrd. S auf 3,8 Mrd. S. Eine Aufgliederung der Nettokapitalerträge nach Sektoren zeigt, daß die Zinseneingänge in erster Linie von der Nationalbank durch die Veranlagung ihrer Währungsreserven „verdient“ werden. Die Zinsenzahlungen an das Ausland gehen hauptsächlich auf das Konto der Wirtschaftsunternehmungen und — in zunehmendem Maße — auf öffentliche Stellen.

Langfristiger Kapitalverkehr¹⁾

	1976		II. Quartal		1977	
	E	A	S	E	A	S
	Mill. S					
Kredite an Österreich	1 779	1 276	+ 502	2 975	518	+ 2 459
davon an öffentliche Stellen	506	254	+ 251	55	115	— 60
Kredite an das Ausland	80	1 673	— 1 594	21	3 694	— 3 673
Österreichische festverzinsliche Wertpapiere	2 952	452	+ 2 499	5 395	907	+ 4 487
davon öffentliche Stellen	748	67	+ 680	1 225	105	+ 1 119
Österreichische Aktien	20	17	+ 3	25	23	+ 3
Ausländische festverzinsliche Wertpapiere	467	715	— 248	1 272	1 412	— 139
Ausländische Aktien	331	454	— 125	340	384	— 42
Ausländische Beteiligungen in Österreich	634	81	+ 552	559	128	+ 431
Österreichische Beteiligungen im Ausland	17	222	— 204	9	421	— 411
Sonstiges	215	247	— 32	605	356	+ 249
Saldo der langfristigen Kapitalbilanz	6 493	5 139	+ 1 354	11 203	7 845	+ 3 359

E = Eingänge, A = Ausgänge, S = Saldo.

¹⁾ Vorläufige Zahlen. Rundungsfehler.

Im langfristigen *Kapitalverkehr* flossen in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres mit netto 4,6 Mrd. S um beinahe 3 Mrd. S mehr zu als vor einem Jahr. Darin spiegeln sich vor allem die durch die Liquiditätsenge auf dem Inlandsmarkt hervorgerufenen Kreditaufnahmen im Ausland. Alle wichtigen Sektoren verschuldeten sich stärker im Ausland als vor einem Jahr. Das Schwergewicht liegt aber auf der Finanzierung des Bundesbudgets, die im Gegensatz zum Vorjahr wieder stärker auf Aus-

Sozialproduktes der Bundesrepublik Deutschland um rund 5% zu rechnen, so mußte diese Prognose mittlerweile auf wenig mehr als 3% reduziert werden. Unter dem Eindruck steigender Arbeitslosenzahlen sah sich die deutsche Bundesregierung nun veranlaßt, neuerlich expansive fiskalpolitische Maßnahmen in Aussicht zu stellen, die allerdings erst 1978 wesentliche Effekte auslösen dürften. Auch die Deutsche Bundesbank gab im Sommer ihre Politik einer vorsichtigen Liquiditätsversorgung auf, wobei auch das Zinsniveau weiter gesenkt wurde.

Die „Geleitzugshypothese“ ist sicherlich nur ein Schlüssel zur Erklärung der konjunkturpolitischen Probleme. Weitreichende weltwirtschaftliche Umstrukturierungen — etwa die Wahl von Entwicklungsländern als Standort für neue Investitionen oder die relative Verbilligung des Dollar — sowie eine möglicherweise spürbare technologische Schwelle bringen wahrscheinlich zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsprobleme in den Industrieländern vor allem Westeuropas. In dieser Situation sind die Orientierungslosigkeit der Strukturpolitik in vielen Ländern und die Mängel ihres Instrumentariums eine schlechte Basis für eine befriedigendere Verwirklichung des wirtschaftspolitischen Zielbündels. Konjunkturell bedeutet das, daß bei nicht sehr ausgeprägtem mittelfristigem Aufwärtstrend die zyklischen Schwankungen hauptsächlich durch allerdings gedämpfte Lagerbewegungen und die Effekte allfälliger expansiver oder restriktiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen erzeugt werden. Die Konjunktur schwingt mit gedämpfter Amplitude um einen nennenswert langsameren Trend als bis 1974. Da keine großen Lager- und Investitionswellen auftreten, ist auch die Gefahr kumulativer Konjunktüreintrübe geringer.

Das Institut verfügt gegenwärtig nur über einige wenige aktuelle Prognosen der internationalen Entwicklung bis einschließlich 1978. Die OECD hat zuletzt im Juli ihre Prognosen für das 1. Halbjahr 1978 veröffentlicht. Keiner dieser Ausblicke nimmt für die Industrieländer im kommenden Jahr eine Rezession im Sinne von realer Verringerung des Sozialproduktes an. Wohl aber wird erwartet, daß auch 1978 das Wachstum nicht ausreichen wird, um eine Steigerung der Kapazitätsauslastung herbeizuführen und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Dies könnte vermuten lassen, daß sich schon bald nach der deutschen auch einige andere Regierungen veranlaßt sehen könnten, zumindest die notwendigsten Maßnahmen zu treffen, um eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungslage zu verhindern. Insgesamt wird man daher annehmen dürfen, daß die durchschnittliche Wachstumsrate in Westeuropa 1978 nicht wesentlich unter der für heuer zu erwartenden

liegen wird: Wir erwarten für die westeuropäischen OECD-Länder für 1977 ein reales Wachstum von 2½%, für 1978 von 2% bis 2½%. Für die OECD insgesamt kann 1977 mit 3½%, 1978 etwa mit 3% Wachstum gerechnet werden. Das Wachstum der österreichischen Außenhandelsmärkte (reale Importe der Handelspartner gewogen mit österreichischen Exportanteilen) ist für 1977 mit 4%, für 1978 mit 3½% bis 4% anzunehmen. Dabei muß auch beachtet werden, daß sich nach Berichten der Handelsdelegierten für 1978 keine kräftige Ausweitung der Einfuhren der osteuropäischen Länder, des Nahen Ostens oder der Entwicklungsländer abzeichnet.

Die konjunkturelle Lage in Österreich

Die konjunkturelle Entwicklung in Österreich ist bisher befriedigender verlaufen als in den meisten Industrieländern. 1977 konnte das Beschäftigungsniveau wesentlich gesteigert und die Arbeitslosenquote weiter verringert werden. Die Expansion der Inlandsnachfrage reichte auch bei rasch steigenden Importquoten aus, um der inländischen Produktion kräftige Impulse zu geben. Trotzdem konnte die Inflationsrate nicht unwesentlich gesenkt werden.

Entwicklung volkswirtschaftlicher Globalgrößen

	1976	1977	1978
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nachfrage			
Privater Konsum	+ 4,0	+ 6½	+ 2
Öffentlicher Konsum	+ 2,5	+ 2	+ 2
Brutto-Investitionen	+ 5,7	+ 6½	+ 1½
Lagerbildung, Mrd. S, Preise 1964	(+13,6)	(+15,7)	(+10,1)
Inlandsnachfrage	+ 7,6	+ 6	+ ½
Exporte i. w. S.	+11,3	+ 3	+ 2½
Importe i. w. S.	+17,9	+ 9	+ 0
Produktion			
Industrie	+ 8,9	+ 4½	+ 1
Gewerbe	+ 5,0	+ 4	+ 2
Bauwirtschaft	+ 2,0	+ 5	+ 3
Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwirtschaft	- 1,3	+10	± 0
Verkehr	+ 6,8	+ 3	+ 2
Handel	+ 6,7	+ 6	+ 2
Öffentlicher Dienst	+ 2,5	+ 2	+ 2
Sonstige Dienstleistungen	+ 2,0	+ 2	+ 2
Brutto-Nationalprodukt			
ohne Land- und Forstwirtschaft	+ 5,4	+ 4½	+ 1½
Land- und Forstwirtschaft	+ 2,8	- 2	± 0
Brutto-Nationalprodukt	+ 5,2	+ 4	+ 1½

Der private Konsum hat sich seit Jahresbeginn fühlbar belebt. Die Beschleunigung wird durch eine leicht höhere Wachstumsrate der realen verfügbaren Nettoeinkommen als 1976, vor allem aber durch eine kräftige Reduktion der Sparquote der privaten Haushalte auf Grund von Guthabenaufösungen und hoher Kreditbereitschaft, alimentiert.

punkte liefern, weil die Abgrenzungen und Definitionen der internationalen Daten nicht immer völlig übereinstimmen.

Im nächsten Schritt wird die Produktivität in den verschiedenen Ländern berücksichtigt. Denn für die Konkurrenz auf den Exportmärkten sind nicht die Kosten der Arbeiterstunde, sondern die Lohnkosten je Produktionseinheit entscheidend. Das absolute Niveau der Produktivität (Produktion je geleisteter Beschäftigtenstunde) kann nur sehr grob geschätzt werden. Die Entwicklung der Produktivität im Zeitverlauf läßt sich verlässlicher ermitteln, indem ein Produktionsindex (OECD- bzw. UNO-Daten) durch einen Index des Arbeitsvolumens (Beschäftigung mal geleistete Arbeitszeit je Arbeiter)¹⁾ dividiert wird. Das Arbeitsvolumen wird vorwiegend aus nationalen Quellen errechnet (siehe Anhang). Die Unschärfe der Berechnung ist hier größer als beim Vergleich der Lohnentwicklung, weil nicht für alle Länder die tatsächlich geleistete Arbeitszeit verfügbar ist. Es muß dann mit bezahlten Arbeiterstunden oder angebotener Arbeitszeit vorlieb genommen werden. Die Abgrenzungen dürften aber ohnehin ziemlich fließend sein.

Die Entwicklung der Arbeitskosten je Produktionseinheit können wir errechnen, indem wir den Index der Gesamtkosten der Arbeiterstunde durch den Index der Produktivität dividieren. Dieser Indikator — in nationaler Währung — ist für die Inflationsrate, die Einkommenspolitik und die Wechselkurspolitik von Bedeutung; zur Beurteilung der internationalen Konkurrenzfähigkeit müssen jedoch die Arbeitskosten je Produktionseinheit in eine einheitliche Währung umgerechnet werden. Damit werden die Wechselkursverschiebungen berücksichtigt, die meist in Reaktion auf Änderungen der Wettbewerbslage erfolgen und darauf abzielen, möglichst die ursprünglichen Wettbewerbsbedingungen wiederherzustellen. Diese Form der Berücksichtigung von Auf- und Abwertungen durch Umrechnung auf eine einheitliche Währung ist die einfachste und international gängigste. In unserem Fall werden die Arbeitskosten auf Schilling-Basis gerechnet, weil das die anschaulichste Darstellungsform für den Niveauvergleich ist. Für die Berechnung der Arbeitskostenrelationen zu anderen Ländern ist es irrelevant, welche gemeinsame Währungseinheit verwendet wird. Früher wurde häufig auf US-Dollar umgerechnet, weil der Dollar eine typisch stabile Währung war. Die Umrechnung auf Dollar-Basis führt zwar zu den gleichen Relationen

zu anderen Ländern, doch könnte sie infolge des Dollarkursverfalls zu Fehlinterpretationen führen. Denn die ausgewiesene Steigerungsrate der Arbeitskosten auf Dollar-Basis hat keine spezielle Aussagekraft, sie sollte nur geeignete Relationen zur Beurteilung der Wettbewerbslage herstellen.

Will man die Arbeitskostenposition Österreichs mit dem Durchschnitt unserer Handelspartner vergleichen, dann stellt sich das Problem der Gewichtung. Die passende Gewichtung wird sich im allgemeinen nach der Fragestellung richten: Interessiert man sich z. B. vorwiegend für die Wettbewerbsposition unserer Exporteure auf den von ihnen traditionell bearbeiteten Märkten, dann ist eine Gewichtung der nationalen Arbeitskostenindizes mit den österreichischen Exportgewichten sinnvoll (allerdings werden dabei Drittmarkteffekte²⁾ vernachlässigt).

Als Alternative zu den Exportgewichten (oder Importgewichten — je nach Fragestellung) kommen die Anteile der einzelnen Länder an den Exporten der OECD in Frage. Dabei werden Drittmarkteffekte erfaßt, allerdings bleibt das Muster der gegenwärtigen Handelsverflechtung unberücksichtigt (zu hohes Gewicht der USA).

Die vom Internationalen Währungsfonds zur Berechnung der effektiven Wechselkurse verwendeten MERM-Gewichte erscheinen für den gegebenen Zweck ungeeignet, weil sie Preiselastizitäten (und damit Änderungen der Gewinnspannen) berücksichtigen, d. h. das Ergebnis der Kostenänderungen vorwegnehmen. Da es hier auf die Änderung der Kostenrelationen ankommt, ist auch die Fakturawährung ohne Belang.

Nach der beschriebenen Berechnungsmethode erhalten wir somit einen Indikator der internationalen Wettbewerbsfähigkeit — mit allen erwähnten Einschränkungen —, der von vier Momenten beeinflusst ist: den Brutto-Stundenverdiensten, den Lohnnebenkosten, der Produktivität und den Wechselkursen.

Die absoluten Kosten der Arbeiterstunde

Die Gesamtkosten der Arbeiterstunde (einschließlich Lohnnebenkosten) sind in Österreich noch immer niedriger als in den meisten anderen Industrieländern, allerdings hat Österreich in den letzten Jahrzehnten aufgeholt. Unter allen Industrieländern hatte Schweden im Jahr 1976 die höchsten Kosten der

¹⁾ Bei dieser Berechnungsmethode wird — aus Datenmangel — implizit angenommen, daß sich die Arbeitszeit der Angestellten wie jene der Arbeiter verändert.

²⁾ Drittmarkteffekte kommen dadurch zustande, daß etwa durch eine Lira-Abwertung die Konkurrenz zwischen österreichischen und italienischen Produkten auf dem deutschen Markt schärfer wird.

Man muß dem freilich noch hinzufügen, daß die gut zahlenden Betriebe die Creme des Arbeitsmarktes abschöpfen, also die stabilen und zuverlässigen Arbeitskräfte. Solche Qualitätsdifferenzen kommen in der formalen Qualifikation nicht völlig zum Ausdruck.

Zum Teil treffen die obigen Erwägungen über die Unterschiede im absoluten Lohnniveau auch für das Wachstum der Löhne zu. Vergleicht man die absoluten Verdienste mit ihrem Zuwachs von 1966 bis 1976, so ergibt sich, daß sie sich in den besser gelegenen Industrien noch weiter verbessert haben (Erdöl), während sie auf der untersten Stufe (Textil, Bekleidung) am schwächsten gestiegen sind. Das geht besonders deutlich aus dem Streudiagramm der Löhne in den einzelnen Industrien, 1966 und 1976 hervor (Abbildung 1).

Die flachere Linie entspricht einer gleichmäßigen proportionalen Zunahme in allen Industrien. Davon weichen besonders stark Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie nach unten, Erdöl und Eisenhütten nach oben ab. Die früher erwähnten Momente, Ertragsfähigkeit einerseits und Leichtigkeit der Überwälzung andererseits, sind auch für das relative Wachstum der Löhne in verschiedenen Industrien ausschlaggebend¹⁾.

¹⁾ H. A. Turner - D. A. S. Jackson: On the Determination of the General Wage Level. A World Analysis. Economic Journal, December 1970, p. 835.

Sieht man jedoch von den Extremfällen des Zurückbleibens oder Vorpriellens einiger Industrien ab, dann ergibt sich, daß der Großteil ein ziemlich einheitliches Wachstum der Stundenverdienste aufweist (Übersicht 2)

Für die Periode 1966 bis 1976 beträgt das Wachstum pro anno mit Sonderzahlungen etwa 11% für die meisten Industrien, ausgenommen die erwähnten Fälle (Textil, Bekleidung, Leder, Erdöl, Eisenhütten). Ohne Sonderzahlungen ist das Wachstum etwas weniger einheitlich, doch herrscht hier eine Rate von etwa 10 1/2% vor. Noch etwas weniger einheitlich ist das Wachstum nach den Lohnerhebungen der Bundeskammer (10% bis 11% in den meisten Industrien). Die Sonderzahlungen wirken offenbar ausgleichend.

Ein ähnliches Bild der Einheitlichkeit des Lohnwachstums in den meisten Industrien läßt sich auch in anderen Ländern beobachten²⁾. Eine Erklärung

²⁾ O. Eckstein - T. Wilson: The Determination of Money Wages in American Industry. Quarterly Journal of Economics, 1962. — G. Edgren - K. O. Faxen - C. E. Odhner: Wages Growth and Distribution of Income. Swedish Journal of Economics, 1969. — C. Jacobson - A. Lindbeck: On the Transmission Mechanism of Wage Change. Swedish Journal of Economics, 1971. — W. B. Reddaway: Wage Flexibility and the Distribution of Labour. Lloyd's Bank Review 1959. — H. A. Turner - D. A. S. Jackson: On the Determination of the General Wage Level. A World Analysis, Economic Journal, 1970. — J. Eatwell - J. Liewellyn - R. Tarling: Money Wage Inflation in Industrial Countries. Review of Economic Studies October 1974.

Übersicht 2

Wachstumsraten pro anno in Prozent

	Stundenverdienste (Stat. Zentralamt)			Produktion je Beschäftigten		Beschäftigte in der Industrie 1962/1976	Stunden- verdienste je geleistete Arbeiter- stunde (Stat. Zentralamt) 1971/1976 mit SZ	Produktion je geleistete Arbeiter- stunde 1971/1976
	1966/1976		1962/1976 ohne SZ	1966/1976				
	mit SZ	ohne SZ		1966/1976 ohne SZ	1962/1976			
	1	2	3	4	5	6	7	
Bergwerke	11.5	10.8	9.4	5.1	4.6	-4.7	12.9	5.6
Eisenerzeugende Industrie	13.4	11.9	—	3.0	3.2	-0.2	—	4.4
Erdölindustrie	10.9	10.5	9.4	2.9	5.3	-1.4	14.7	1.4
Stein- u. keramische Industrie	11.1	10.9	9.8	9.1	8.1	-2.9	13.0	6.3
Glasindustrie	10.9	10.5	11.2	6.6	6.9	+1.5	12.7	8.6
Chemische Industrie	11.6	11.4	10.8	9.2	7.5	-2.1	12.3	9.2
Papierherzeugende Industrie	10.7	10.4	10.0	6.9	7.0	-0.5	12.6	6.7
Papierverarbeitende Industrie	11.0	10.7	10.0	6.6	6.3	+1.1	12.8	7.2
Holzverarbeitende Industrie	11.1	10.7	10.2	9.5	3.5	-0.2	13.3	5.1
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	10.0	9.9	9.3	4.7	3.9	-4.6	11.8	10.8
Lederherzeugende Industrie	10.2	9.7	9.2	8.7	5.1	-1.5	11.5	7.7
Lederverarbeitende Industrie	9.5	9.4	8.9	8.8	3.2	+0.6	11.3	5.0
Bekleidungsindustrie	11.2	10.6	10.1	3.2	3.2	-2.0	12.7	4.6
Gießereindustrie	11.2	11.1	10.3	9.6	6.1	-1.2	12.7	8.1
Metallindustrie	11.2	10.8	10.6	9.7	4.6	+1.0	13.0	5.6
Maschinen- u. Stahlbauindustrie	11.2	10.5	10.7	3.9	5.2	+0.7	12.0	4.4
Fahrzeugindustrie	11.0	10.6	10.0	4.4	3.9	+1.5	12.8	7.2
Eisen- u. Metallwarenindustrie	11.1	10.3	10.5	6.3	6.5	+1.4	13.0	6.7
Elektroindustrie	10.1	9.7	9.4	9.0	5.8	-2.5	12.0	7.0
Textilindustrie	10.9	10.5	10.2	5.0	5.1	0.0	12.6	6.3
Industrie insgesamt (alle oben genannten)								

vorzugte die österreichische Wirtschaft eindeutig den Gütertransport auf der Straße. Dementsprechend ist in den letzten 20 Jahren das Transportaufkommen im Straßenverkehr auf mehr als das Achtfache gestiegen, wogegen das Aufkommen der Bahn stagnierte¹⁾.

Die Transportleistung im Straßengüterverkehr wuchs von 1955 bis 1976 im Jahresdurchschnitt (+11½%) fast doppelt so rasch wie die Lkw-Nutzlastkapazität (+6½%). Die spezifische Leistungssteigerung wurde durch den technischen Fortschritt im Fahrzeugbau und den Straßenausbau erreicht. So bringen stärkere Motoren und bessere Straßen eine höhere Fahrgeschwindigkeit, Ladevorrichtungen verkürzen die Standzeiten. Weiters ist zu berücksichtigen, daß der vermehrte Einsatz von Lkw-Anhängern²⁾ und Sattelzügen zum überproportionalen Zuwachs der Straßengütertransportleistung beigetragen hat.

Die Entwicklung der Straßengüterverkehrskapazitäten (Y) — gemessen am Lkw-Nutzlastbestand zu Jahresende — steht mittelfristig mit dem Wirtschaftswachstum (X) — gemessen am BNP, real — in einem engen funktionalen Zusammenhang (1):

$$(1) \ln Y_t = -1,71 + \frac{1,13}{10} \ln X_t + \frac{0,12}{33} \ln T_t$$

$R^2 = 0,99$

Die Elastizitäten der doppellogarithmischen Funktion besagen, daß im Beobachtungszeitraum 1959 bis 1976 ein 10%iges Wachstum des BNP einen Anstieg der Lkw-Kapazitäten um 11½% bewirkt. Auch bei einem Stillstand des Wirtschaftswachstums wäre der Lkw-Bestand auf Grund des Substitutionsprozesses gegenüber der Bahn leicht gestiegen³⁾.

¹⁾ W. Kohlhauser: Entwicklung und Prognose des Güterverkehrs in Österreich, Monatsberichte 4/1976.

²⁾ Die Nutzlastkapazität der nur im Straßengüterverkehr verwendeten Anhänger läßt sich auf Grund der Bestandsstatistik nicht berechnen. Gemessen an der Stückzahl wurden 1976 38% der Anhänger in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt.

³⁾ Auf Grund der hohen Multikollinearität ist dieser Trendkoeffizient sehr vorsichtig zu interpretieren.

Trend zum schweren Lkw

Die Zahl der Lkw ist in den letzten zwei Jahrzehnten fast auf das 2½fache (1956: 64.035 Lkw, 1976: 150.990 Lkw) gestiegen⁴⁾. Da auch die durchschnittliche Lkw-Nutzlast seit 1956 um die Hälfte zugenommen hat (1956: 2'26 t, 1976: 3'33 t), erhöhte sich die gesamte Lkw-Nutzlastkapazität noch stärker. Sie erreichte 1976 mit 502.532 t das 3½fache von 1956. Die Nutzlaststruktur des Lkw-Bestandes hat sich kräftig verschoben. Besonders stark wuchs der Bestand an schweren Lkw (über 7 t Nutzlast; 1956: 217 Stück, 1976: 28.761 Stück). Die Verdichtung des Straßenschwerverkehrs im Vergleich zum Individualverkehr läßt sich daraus ersehen, daß 1956 auf einen schweren Lkw 295, 1965 80 und 1976 nur noch 57 Pkw kamen. Der Bestand an Lieferwagen und leichten Lkw (unter 2 t Nutzlast) hat sich von 1956 bis 1976 verdreifacht. Die Zahl der mittelschweren Lkw (2 bis 7 t Nutzlast) stagnierte, ihr Anteil am Gesamtbestand ging von 49% (1956) auf 23½% (1976) zurück.

Die transporttechnischen Anforderungen der Wirtschaft führten offensichtlich zu einer deutlichen Polarisierung der Lkw-Nachfrage. Der leichte Transporter bietet neben einer hohen Lieferbereitschaft für Aufträge mit geringem Transportgewicht auch eine größere Wendigkeit im innerstädtischen Verkehr. Sein wichtigstes Einsatzgebiet hat er jedoch im Kundendienst und in Handwerksbetrieben, wo Gewicht und Volumen des mitzuführenden Werkzeuges und Materials oft die Lademöglichkeiten eines Pkw übersteigen. Für die Ausweitung der Gütertransportkapazität war aber die Aufstockung des Bestandes an schweren Lkw maßgebend. Ihr Einsatz wurde durch den Ausbau der Verkehrswege zum Teil erst ermöglicht oder zumindest stark gefördert. Mit der Erhöhung der Nutzlast pro Fahrzeug ist auch die

⁴⁾ Bemerkenswert ist hiezu die Treffsicherheit der Institutsprognose aus dem Jahre 1966 (W. Kohlhauser: Die Nachfrage nach Lastkraftwagen in Österreich, Monatsberichte 4/1966). Für 1975 wurde ein Bestand von 146.200 Lkw vorausgesagt, gegen tatsächlich 146.041 Lkw.

Übersicht 1

Entwicklung des Bestandes an Lastkraftwagen nach Nutzlastklassen

	Insgesamt		Bis 1.999 kg		2.000—6.999 kg		7.000 kg und mehr		Unbekannt	Insgesamt*) Nutzlast	Nutzlast*) pro Lkw	Sattelzugfahrzeuge pro Lkw
	Stück	%	Stück	%	Stück	%	Stück	%				
1956 ¹⁾	64.035	100	32.238	50,6	31.240	49,0	217	0,4	340	144.460	2,26	
1960 ¹⁾	73.856	100	39.434	53,5	33.029	44,8	1.226	1,7	167	184.685	2,50	
1965 ²⁾	95.564	100	51.175	53,6	34.342	36,0	9.950	10,4	97	291.432	3,05	700 ⁴⁾
1970 ²⁾	121.048	100	67.274	55,6	34.931	28,9	18.842	15,5	1	386.294	3,19	1.242
1975 ²⁾	146.041	100	83.749	57,3	34.859	23,9	27.432	18,8	1	484.367	3,32	2.841
1976 ²⁾	150.990	100	87.101	57,7	35.125	23,3	28.761	19,0	3	502.532	3,33	3.549

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt: Bestandsstatistik der Kraftfahrzeuge in Österreich. — ¹⁾ 31. Oktober. — ²⁾ 31. Dezember. — ³⁾ Einschließlich Tankwagen. — ⁴⁾ Schätzungen